

# Fragen & Antworten

## Fragen zur Vorratsdatenspeicherung (VDS)

### Was ist Vorratsdatenspeicherung?

Mit der Vorratsdatenspeicherung sollen 6 Monate lang generell alle Verbindungsdaten von allen Bürgerinnen und Bürger gesammelt und gespeichert werden. Zur diesen Daten gehört zum Beispiel, wann man mit wem wie lange telefoniert hat. Im Fall von Mobiltelefonen kommt dazu, dass die Standorte der Teilnehmer gespeichert werden. Daraus lassen sich leicht Bewegungs- und Verhaltensprofile bilden. Hier werden Maßnahmen, die sonst nur gegen Schwerverbrecher eingesetzt werden, auf ganz normale, unbescholtene Bürgerinnen und Bürger angewandt. 82 Millionen Deutsche werden ständig beobachtet. Grundlage für die Vorratsdatenspeicherung ist die EU-Richtlinie 2006/24/EG.

### Inwiefern betrifft mich die Vorratsdatenspeicherung persönlich oder privat?

Bei der Vorratsdatenspeicherung werden alle deine Telekommunikationsdaten gespeichert. Mit wem du wann wie lange telefoniert hast, und im Fall von Handys auch, wo du dich zu dieser Zeit aufgehalten hast. Vergangene Datenskandale haben gezeigt, dass solche sensiblen Daten nicht sicher vor Zugriffen von außen sind. Du wirst also öffentlich überwacht, das wird protokolliert, und Monatelang können im schlimmsten Fall Außenstehende darauf zugreifen.

### Warum lehnt ihr die Vorratsdatenspeicherung ab?

Mit der Vorratsdatenspeicherung sollen 6 Monate lang generell alle Verbindungsdaten von allen Bürgerinnen und Bürger gesammelt und gespeichert werden. Zur diesen Daten gehört zum Beispiel, wann man mit wem wie lange telefoniert hat. Im Fall von Mobiltelefonen kommt dazu, dass die Standort der Teilnehmer gespeichert werden. Daraus lassens ich leicht Bewegungs- und Verhaltensprofile bilden. Hier werden Maßnahmen, die sonst nur gegen Schwerverbrecher eingesetzt werden, auf ganz normale, unbescholtene Bürgerinnen und Bürger angewandt. 82 Millionen Deutsche werden ständig beobachtet, um einige Kriminelle zu fassen.

### Schwerer Eingriff in die Grundrechte / Unverhältnismäßigkeit

Warum wird nicht gespeichert, wer wann in welchem Auto wohin gefahren ist? Immerhin hat der Individualverkehr den Kommunikationstechniken zehntausende Tote und Millionen von Verbrechen voraus! Die Antwort ist: Aus gutem Grund. Wir wollen in einem freien Land und in einem Rechtsstaat leben, in dem nicht jeder Mensch qua Geburt verdächtig ist und jeden jeden Tag wieder seine Unschuld beweisen muss. Die Vorratsdatenspeicherung hebt die Unschuldsvermutung auf. Der Achtklässler mit dem Handy seiner Eltern ist genauso verdächtig, wie seine Oma. Es wird gespeichert, wann er wo ist, wann er seine Oma trifft usw. Das ist eine Behandlung, wie sie früher nur Schwerverbrechern widerfahren ist. Die Unschuldsvermutung ist im Grundgesetz implizit (Art. 20), in der Europäischen Menschenrechtskonvention explizit (Art. 6) enthalten. Überwachungsmaßnahme erfordern einen Anfangsverdacht mit "zureichende tatsächliche Anhaltspunkte." (§ 152 Abs. 2 Strafprozessordnung). Die Befürworter der VDS kriminalisieren alle Bürgerinnen und Bürger: Wir sind alle potentielle Terroristen, vor denen sich der Staat schützen muss. Das ist nicht verhältnismäßig und widerspricht den Werten der Sozialdemokratie.

### Auswirkung auf die Meinungsfreiheit

Beobachtung verändert die Menschen. Man spricht in Gegenwart von Kameras anders als “Off the Record”. Wer weiß, dass alles mögliche über sein Verhalten gespeichert wird, verändert sein Verhalten. Die Menschen verhalten sich angepasster. Fatal für eine plurale Gesellschaft. Das BVerfG hat hierzu die Grundsätze deutlich festgelegt: “Wer unsicher ist, ob abweichende Verhaltensweisen jederzeit notiert und als Informationen dauerhaft gespeichert, verwendet oder weitergegeben werden, wird versuchen, nicht durch solche Verhaltensweisen aufzufallen. .... Dies würde nicht nur die individuellen Entfaltungschancen des Einzelnen beeinträchtigen, sondern auch das **Gemeinwohl**, weil Selbstbestimmung eine elementare Funktionsbedingung eines auf Handlungs- und Mitwirkungsfähigkeit seiner Bürger begründeten freiheitlichen demokratischen Gemeinwesens ist.”

### Verlagerung des staatlichen Gewaltmonopols auf die Privatwirtschaft

Für die korrekte Umsetzung der Vorratsdatenspeicherung waren bisher allein die Telekommunikationsunternehmen zuständig. Eine wirksame Qualitätssicherung und Kontrolle durch den Staat wurden nicht durchgeführt.

### Datenschutz/Datensicherheit

“SteuerCDs” und Adresshandel haben gezeigt, dass der einzige effektive Schutz gegen Daten-Missbrauch ist, Daten gar nicht erst zu erheben. Die Sammlung der Daten bei unzähligen privaten Unternehmen wird zwangsläufig dazu führen, dass Daten missbraucht werden. Wer solche Datenmengen sammelt muss die Verantwortung dafür tragen, dass die früher oder später öffentlich werden. Da es technisch nicht möglich ist, die Datenquellen zu differenzieren, werden auch immer Daten von Geheimnisträgern gespeichert: Von Anwälten, Ärztinnen, Politikern, Staatsanwaltschaften, Polizei usw. aufgezeichnet. DAS werden die ersten sein, die öffentlich oder von Kriminellen genutzt werden.

### Zweifelhafte Wirksamkeit und fehlender Nachweis der Notwendigkeit

Die Erfahrungen mit der Vorratsdatenspeicherung haben in mehreren parlamentarischen Anfragen in den Bundesländern gezeigt, dass die Aufklärungsquote sich nicht signifikant erhöht, wenn Vorratsdaten zur Verfügung stehen. Bisher konnten die Strafverfolgungsbehörden die durch eine fehlende VDS entstehenden Lücken nicht nachweisen. Eine unabhängige Evaluation hat nicht stattgefunden und ist auch in den kommenden Verfahren nicht geplant. Der tiefgreifende Eingriff in die Grundrechte entzieht sich der parlamentarischen Kontrolle.

### Leicht zu umgehen

Die Internetverbindungsdaten sind für die Aufklärung schwere Straftaten vollkommen wertlos, weil moderne Router in der Regel immer online sind. Alles was über das Internet an Kommunikation stattfindet, könnte nur um den Preis vollkommener Überwachung alle Inhalte passieren. Dann muss alles nach chinesischem Vorbild inspiziert werden. Und selbst dann ist es leicht möglich, die Überwachung zu umgehen. Diese Art der Rund-um-Überwachung ist aber bei Verdächtigen schon heute möglich. Dazu brauchen wir keine Vorratsdatenspeicherung.

### Grenzen des Grundgesetzes müssen nicht ausgenutzt werden

Das Bundesverfassungsgericht hat der bisherigen Vorratsdatenspeicherung eine Absage erteilt und definiert, wie eine VDS innerhalb der Grenzen des Grundgesetzes ausgestaltet sein müsste. Aber nur weil man etwas innerhalb von Grenzen tun kann, muss man es nicht tun. Grenzüberschreitungen werden dann mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit passieren.

### **Wie steht ihr zu der EU-Richtlinie? Wenn das auf EU Ebene schon beschlossen wurde, warum überhaupt die Mühe?**

Wir setzen uns auf EU-Ebene für eine Änderung der Richtlinie 2006/24/EG ein, um den Mitgliedsstaaten eine Nicht-Einführung zu ermöglichen. Die oft von Sigmar Gabriel wiederholte Argumentation EU-Recht sei nun einzuführen, egal ob man dem zustimme oder nicht, lehnen wir ab. Bei so einschneidenden Veränderungen von Freiheits- und Grundrechten sollte es im Gegenteil unser aller Bestreben sein, Beschlüsse auf EU Ebene zu adressieren. Wenn die größte Partei des größten Mitgliedsstaats die Vorratsdatenspeicherung ablehnt wäre das ein starkes Signal.

Wir setzen uns folglich für eine optionale Nicht-Einführung in den Mitgliedstaaten ein. Mitgliedsstaaten, die dennoch eine Vorratsdatenspeicherung einführen wollen sind strengere Grenzen vorzugeben: Eine Maximalspeicherfrist von 6 Monaten ist vorzusehen. Zusätzlich sollen nur IP- und Telefonverbindungsdaten gespeichert werden und die ausschließlich zu Zwecken der Strafverfolgung unter Richtervorbehalt herausgegeben werden dürfen.

### **Ich habe gehört, durch VDS können Terroristen schneller gefangen und Kinderpornographie verhindert werden. Stimmt das?**

Verschiedene Studien haben in der Vergangenheit gezeigt, dass Vorratsdatenspeicherung keineswegs zu einer erhöhten Aufklärungsquote beiträgt. Einzig die Grundwerte und der Datenschutz leiden unter einer Vorratsdatenspeicherung, jedoch bleibt die Aufklärungsquote unberührt.

## **Fragen zum Mitgliederbegehren (Verfahren)**

### **Was ist ein Mitgliederbegehren?**

Bei einem Mitgliederbegehren wird die Basis zu einer Fragestellung oder einem Thema abstimmend befragt. Dies bedeutet, dass jedes SPD Mitglied durch seine Unterschrift ein bestimmtes Thema befürworten oder ablehnen kann. Der Entscheidungsvorschlag kann mit "Ja" oder "Nein" beantwortet werden. Das Mitgliederbegehren wird dem Parteivorstand schriftlich angezeigt und läuft dann 3 Monate. Jedes Mitglied kann ein Mitgliederbegehren starten. Wir benötigen für ein Zustandekommen des Begehrens Zustimmung von mindestens 10% der Mitglieder. Dies entspricht aktuell knapp 50.000 Unterschriften.

### **Warum ein Mitgliederbegehren, wenn es Parteitage gibt?**

SPD Bundesparteitage finden nur alle 2 Jahre statt und repräsentieren kaum die Mitgliederbasis. Etwa die Hälfte der SPD Mitglieder würde die Vorratsdatenspeicherung ablehnen, dies zeigt sich in den Beschlüssen auf allen Ebenen und Gliederungen der SPD, die VDS bereits ablehnen. Durch diese Beschlüsse werden etwa 200.000 Mitglieder repräsentiert. Nachdem die SPD in den

vergangenen Jahren eine sehr wackelige Position zur VDS hatte, wollen wir nun Klarstellung, die Basis wird befragt.

### **Wer darf unterschreiben?**

Jedes SPD-Mitglied darf unterschreiben. Leider dürfen Nicht-SPD-Mitglieder nicht am Begehren teilnehmen.

### **Wie kann ich unterstützen?**

Wir brauchen UnterstützerInnen, die die Geschäftstellen der Unterbezirke und Kreisverbände besuchen und dort die Listen auslegen sowie später wieder einsammeln. Außerdem benötigen wir Leute, die in ihren Gliederungen das Thema ansprechen, aufklären, zur Diskussion stehen, eventuell eine Informationsveranstaltung organisieren, usw.

### **Was bedeutet das genau für meinen Bezirk/Kreis/Ortsverband?**

Die Initiatoren sind berechtigt, in jedem Parteibüro die Unterschriftenlisten auszulegen. Das soll natürlich flächendeckend geschehen. Inhaltlich bedeutet das: erhöhte Aufmerksamkeit des Themas, viele Fragen, und vor allem große Chancen über das Thema zu sprechen und es abzulehnen.

### **In welcher Form kann eine Unterschrift eingereicht werden?**

Leider werden nur schriftliche Unterschriften anerkannt. Die Listen dazu liegen in eurem Unterbezirk aus.

### **Was geschieht nach Ablauf der Frist?**

Nach Schließung der Unterschriftenlisten und Prüfung reichen die Initiatoren des Mitgliederbegehrens alle Unterschriftenlisten beim Parteivorstand ein. Dieser stellt innerhalb eines Monats fest, ob das Mitgliederbegehren rechtswirksam zustande gekommen ist. Unvollständige, unleserliche oder falsche Angaben werden natürlich nicht mitgezählt. Die Entscheidung wird im "Vorwärts" veröffentlicht.

### **Wenn das Mitgliederbegehren zustande kommt, ist der Entscheidungsvorschlag dann beschlossen?**

Nein, denn der Parteivorstand entscheidet erst einmal, ob er dem Vorschlag folgt. Entscheidet er sich dagegen, wird ein Mitgliederentscheid eingeleitet. Dieser würde Urnenabstimmung und Briefwahl beinhalten.

### **Wie aussichtsreich sind unsere Chancen, hier etwas zu bewirken?**

Wir bewirken schon allein dadurch etwas, in dem wir über das Thema sprechen. Weiterhin gibt es eine große Zahl von Gliederungen, die die Vorratsdatenspeicherung per Beschluss bereits abgelehnt haben.